

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptpostamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postcheckkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Rorsdorf, Postelwitz, Prösen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Nohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Fettschrift 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Fettschrift 30 Pfg., Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 104

Bad Schandau, Donnerstag, den 5. Mai 1927

71. Jahrgang

Sür eilige Leser.

* Der Erfinder des rauchlosen Pulvers, Subjon Maxim, ist einer New Yorker Meldung zufolge schwer erkrankt.

* Das Sowjetrussische Außenamt hat dem chinesischen Gesandten in Moskau eine Warnungsnote überreichen lassen. Die Sowjetregierung macht die chinesische Regierung auf die äußerst ernsten Folgen aufmerksam, die eine Hinrichtung der politischen Gefangenen nach sich ziehen würde.

* Nach einer Meldung aus Fairmont in Westvirginia sind bisher 70 Tote des Grubenunglücks geborgen worden; man vermutet, daß sich noch weitere 40 Opfer in der Grube befinden.

* Das japanische Kabinett hat die von der früheren Regierung in der Frage der bevorstehenden Flottenabrüstungskonferenz zwischen Großbritannien, Amerika und Japan aufgestellten politischen Richtlinien gebilligt.

Politischer Arbeitsbeginn.

Die Beratungen des Preussischen Landtages haben begonnen und am bevorstehenden 10. Mai wird auch der Reichstag wieder zusammentreten. Daß wir in Deutschland während der Osterferien eine absolute politische Ruhe gehabt haben, kann man wirklich nicht behaupten, schon deswegen nicht, weil es an Konfliktstoffen nicht fehlt. Im Reich harren eine ganze Reihe von Fragen ihrer Erledigung, und zwar sind das zum großen Teil Angelegenheiten, bei denen die Gegensätze der Weltanschauungen sehr scharf aufeinanderstoßen werden.

Wieweit das nun auch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien der Regierungskolonien führen kann, bleibt vorläufig noch abzuwarten. In einem vielbeachteten Artikel der letzten Tage hat allerdings der Führer der größten Koalitionspartei, nämlich der deutsche nationale Graf Westarp, darauf hingewiesen, daß die gemeinsame Arbeit der Parteien in den letzten drei Monaten sie auch innerlich enger zusammengeführt habe, als das bei Beginn dieser Arbeit der Fall war. Ebenso beachtlich war ein Artikel eines führenden Berliner Zentrumsblattes, worin die gleichen Gedanken entwickelt wurden. Die Parteien weisen auch den Willen auf, zusammenzubleiben, und sie werden deshalb natürlich alles daransetzen, um bei der Erledigung jener schwierigen Fragen einen Mittelweg zu finden. Am schwierigsten liegt die Sache bei dem kommenden Reichsschulgesetzentwurf, der seiner Erledigung durch den Reichstag harrt. Ob freilich die recht behalten werden, die darauf hoffen, daß dieser Entwurf in einem schnellen Tempo, womöglich noch vor den Sommerferien, erledigt werde, dürfte mehr als zweifelhaft sein. Man braucht nur daran zu denken, daß der erste Entwurf drei Jahre zu seiner Beratung brauchte, ohne daß er zu Ende geführt wurde. Daß es aber möglich ist, einen Entwurf zu finden, der mehr ein Rahmengesetz als bis ins letzte gehende Einzelbestimmungen enthält, bewies u. a. der dritte Entwurf dieser Art, der aus der Feder des damaligen Reichsinnenministers Dr. Müller, eines Demokraten, stammte. Die andere in der gegenwärtigen Tagespolitik bestrittene Frage des Reichskonkordats, also ein zweiter kulturpolitischer Streitstoff, ist vorläufig überhaupt noch nicht spruchreif, da die Verhandlungen hierüber erst begonnen haben.

Weit dringlicher als alles andere aber ist ein besonders wichtiger wirtschaftlicher Plan, der vor den Osterferien in den Anfängen der Kommissionsberatung stecken geblieben ist: das ist der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung. Hier liegen die Dinge nämlich so, daß die gesamte Erwerbslosenfürsorge, an der bis zum 1. April auch noch Länder und Kommunen mittragen halfen, jetzt auf den Schultern des Reiches liegt. Die Last ist immer noch erheblich genug, obwohl ja die Zahl der Erwerbslosen beträchtlich zurückgegangen ist. Aber gerade, da der Entwurf doch Stoff zu weitgehenden Meinungsverschiedenheiten abgibt, ist es notwendig, seine Durchberatung und Erledigung zu beschleunigen, ehe der kommende Winter die Verhältnisse wieder verschlechtert. Natürlich wird den Reichstag auch die deutsche Außenpolitik der nächsten Wochen und Monate vor mancherlei Arbeiten und Auseinandersetzungen stellen; wird es doch immer deutlicher, daß wir vor einer Auseinandersetzung mit Frankreich und England über die Frage der Befestigung der Rheinlandbefestigung stehen, da darüber größere Klarheit in unsere ganze außenpolitische Lage gebracht werden muß. Demgegenüber verschwinden die wirtschaftlichen Fragen, die erst dann wieder brennend werden, falls die jetzt ansteigende Konjunktur eine Änderung erfährt. Handelsvertragsverhandlungen laufen ja derzeit noch, haben aber nicht Aussicht, schon in den nächsten Monaten zu einer Beratung in Kabinett und Reichstag zu führen.

Deutscher Schritt in der Räumungsfrage

Deutschlands Verlangen nach Befugungsminderung.

Frankreichs Gegenforderungen.

Der seit einigen Tagen erwartete Schritt Deutschlands in der Befugungsfrage ist nunmehr erfolgt. In Paris ist in Vertretung des erkrankten Botschafters von Goesch Botschaftsrat Dr. Rieth vom französischen Außenminister empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit hat der Vertreter Deutschlands die Sprache auf die Verminderung der Rheinlandbefestigung gebracht, wie sie bereits in Locarno vereinbart worden sei. Wie es heißt, ist dieser Schritt des Botschaftsrats Dr. Rieth nicht auf eine besondere Instruktion der deutschen Reichsregierung unternommen worden, sondern auf eine allgemeine Anordnung des Auswärtigen Amtes hin, die schon vor einiger Zeit gegeben wurde und die dahin ging, bei sich bietender Gelegenheit diese Frage anzuschneiden.

Welche Aufnahme die jetzt von Deutschland wieder in Fluß gebrachte Frage in Frankreich finden wird, läßt sich natürlich schwer voraussagen. Wie es heißt, soll Briand zu Konzeptionen nicht abgeneigt sein; allerdings werden in der französischen Presse Andeutungen gemacht, die von Gegenleistungen Deutschlands sprechen. So wird davon in der französischen Öffentlichkeit gesprochen, daß Frankreich eventuell die im Rheinlandpakt für den Westen zugesandenen Garantien auch auf den Osten auszu dehnen wünscht. Außerdem wird der Vorschlag einer ständigen Sonderkontrolle in der entmilitarisierten Zone gemacht.

Wie es weiter heißt, werden bei der Entscheidung, ob eine Verminderung der Befestigung eintreten soll, nicht nur die Diplomaten Frankreichs, sondern vor allem auch die höchsten militärischen Stellen mitzureden haben, da Poincaré sowie alle Mitglieder des französischen Kabinetts, die der Rechte angehören, keine Entscheidungen genehmigen werden, die nicht die Zustimmung des Obersten Kriegsrats gefunden haben. Hierdurch dürften allerdings die Verhandlungen wesentlich erschwert werden, da die Militärs in Frankreich sich bisher ständig gegen eine wirklich fühlbare Verminderung der Befestigung ausgesprochen haben.

Die Unterredung Briand—Rieth.

Ein Kommuniqué der deutschen Botschaft.

Paris, 4. Mai. Die deutsche Botschaft hat über die Unterredung zwischen Briand und Dr. Rieth folgendes Kommuniqué heraus:

„Die deutsche Botschaft Dr. Rieth stattete heute vormittag dem französischen Außenminister Briand einen Besuch ab, der der Besprechung laufender Fragen, deren Behandlung infolge

der Erkrankung des Botschafters v. Goesch bisher zurückgestellt worden war, galt.“

Der Matin über die Besprechung.

Paris, 4. Mai. Der Matin schreibt zu dem heutigen Empfang des Botschaftsrates Rieth durch Außenminister Briand: In offiziellen Kreisen werde erklärt, daß der Besuch von dem Wunsch geleitet gewesen sei, den diplomatischen Kontakt während der Krankheit des Botschafters v. Goesch aufrecht zu erhalten. Im Verlauf der Unterredung habe Briand abgelehnt, auf die Verminderung der Bestände der Befestigungstruppen im Rheinland bezw. die vorzeitige Räumung einzugehen. Dr. Rieth habe auf die Notwendigkeit der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet hingewiesen, er habe im Zusammenhang mit dem neuen französischen Zolltarif mit Nachdruck betont, daß auch auf die Interessen der deutschen Industrie und Kaufmannschaft Rücksicht genommen werden müsse. Schließlich habe Rieth Briand daran erinnert, daß die deutsche Regierung in ihrer Gesamtheit davon überzeugt sei, daß nur die Politik der deutsch-französischen Annäherung den Frieden gewährleisten könne.

Die Demarche des deutschen Geschäftsträgers sei als ein Eintreten in die Materie zu betrachten. Im kommenden Monat, wenn die Frist für die Zerstörung der deutschen Ostbefestigungen abgelaufen sei, werde die deutsche Regierung sicherlich die Frage der Rheinlandräumung erneut in den Mittelpunkt der Diskussion stellen.

Berlin, 4. Mai. Zu den Meldungen über den Besuch des deutschen Geschäftsträgers in Paris bei dem französischen Außenminister kann folgendes mitgeteilt werden:

Es ist richtig, daß heute vormittag eine längere Unterhaltung zwischen den beiden Herren stattgefunden hat. Dieser Unterhaltung der Charakter einer besonderen und formellen deutschen Demarche beizulegen, liegt nicht der geringste Grund vor. Es handelt sich um eine der diplomatischen Aussprachen über die verschiedenen schwebenden Fragen, die dadurch an Umfang und Bedeutung gewonnen haben, daß infolge der Abwesenheit des französischen Außenministers von Paris und der Erkrankung des deutschen Botschafters seit längerer Zeit eine derartige Unterhaltung nicht mehr stattfinden konnte. Es ist anzunehmen, daß neben einer Reihe anderer Fragen in Fortführung des seit einigen Monaten sowohl hier in Berlin, als auch in Paris geflogenen Gedankenaustausches auch die Rheinlandfragen insbesondere die Frage einer Verminderung der Befestigungsträfte besprochen worden ist.

Aus diesem Sachverhalt ergibt sich ohne weiteres, daß die Mitteilungen über eine planmäßige deutsche Aktion oder eine Parallellaktion in den verschiedenen europäischen Hauptstädten der Grundlage entbehren. Ebenso liegt es auf der Hand, daß es bei diesem Sachverhalt nicht möglich ist, jetzt etwa nähere und bestimmte Mitteilungen über abschließende Ergebnisse der Unterhaltung zu machen.

Der Andrang zu der Eröffnungsfeier war bei weitem nicht so stark wie bei den Hauptfestungen der letzten Völkerbunderversammlung. Trotzdem war die Kontrolle an den Zugängen zum Reformationsaal wiederum sehr streng. Der Reformationsaal bot ein vollkommen neues Bild, da unter den Delegierten nur ganz wenige von den Völkerbundtagungen her bekannte Köpfe zu sehen sind. Die Wände der deutschen Delegation befinden sich dicht am Eingang rechts neben der Rednertribüne.

Ankunft der Sowjetdelegation in Genf.

Genf, 4. Mai. Die Sowjetdelegation für die Weltwirtschaftskonferenz ist heute nachmittag in Genf eingetroffen. Zu ihrem Schutz war ein großes Polizeiaufgebot bereitgestellt. Die Sowjetdelegation hatte den Zug Basel—Genf bereits einige Stationen vor Genf verlassen und war in Automobilen direkt zum Hotel gefahren.

Die Nachmittagsfikung der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 4. Mai. In der heutigen Nachmittagsfikung der Weltwirtschaftskonferenz nahm als erster Redner der schwedische Universitätsprofessor Cassel, Stockholm, das Wort. Er wies darauf hin, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisenerscheinungen teilweise auf psychologische Ursachen zurückzuführen seien. Der Gedanke, daß durch die Folgen des Weltkrieges die Kaufkraft außerordentlich gesunken sei und infolgedessen die Produktion herabgesetzt werden müßte, sei völlig falsch. Die Entwicklung und Stärkung der Produktion müsse vielmehr mit allen Mitteln gefördert werden. Zwei Methoden

Drei Wochen Weltwirtschaftskonferenz.

Theunis' Begrüßungsrede in Genf.

Die Weltwirtschaftskonferenz wurde, wie vorgesehen, mit einer längeren Ansprache des Präsidenten Theunis eröffnet, in der er das einzigartige internationale Gremium von Vertretern des gesamten Wirtschaftswesens begrüßte, ein Gremium, von dem man mit seinen Vertretern aus 47 Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten, Rußland und der Türkei wohl sagen könne, daß es bis heute noch keine derartige Versammlung zur Prüfung des gesamten Weltwirtschaftsprogramms gegeben habe.

Im ersten Teil seiner Rede gab der Präsident eine allgemein gehaltene Umschreibung des Programms der Weltwirtschaftskonferenz und im zweiten Teil eine Reihe von Vorschlägen für das Arbeitsverfahren der Konferenz, wobei er vor Überstürzung, aber auch vor Verschleppung der Arbeiten warnte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Ergebnisse der ersten Weltwirtschaftskonferenz den Boden für den Erfolg weiterer Wirtschaftskonferenzen vorbereiten wird. In bezug auf die Dauer der Konferenz gab er unter Hinweis auf die Zeitknappheit vieler Delegierter der Meinung Ausdruck, daß die Konferenz am 21. vielleicht abgeschlossen werden kann, hat aber gleichzeitig sämtliche Delegierte, sich auf jeden Fall bis zum 28. Mai frei zu halten. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde schließlich Loucheur unter Betonung seiner Verdienste für das Zustandekommen der Weltwirtschaftskonferenz unter lebhaftem Beifall zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Die übrigen Vizepräsidenten und die Vorsitzenden der drei Hauptausschüsse und damit das Bureau der Wirtschaftskonferenz selbst sollen bis Freitag gewählt werden.